

„Stellt bloß keine Beamten mehr ein“

Welch ein Wahnsinn! Rund 25.000 Beamte des ehemaligen Postministeriums, heute der Telekom, der Post oder der Postbank zugehörig, sind in den zurückliegenden Jahren in den vorzeitigen Ruhestand entlassen worden. Wegen Dienstunfähigkeit. Ihr Durchschnittsalter betrug 45 bis 48 Jahre.

Unglaublich und natürlich nicht wahr. Mit Sicherheit waren unter den 25.000 noch etliche, vermutlich die Mehrheit, die bei Licht besehen alles andere als dienstunfähig waren. Sie passten nur nicht mehr in die heute privatisierten Unternehmen, die ja tatsächlich und erst recht im Vergleich mit ihrer Konkurrenz mit einem erheblichen Überhang an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umzugehen haben.

Zur selben Zeit, da wir dessen gewahr werden, nehmen wir zur Kenntnis, dass soeben in Nordrhein-Westfalen die Höchstaltersgrenze zur Verbeamtung – von früher einmal 30 – auf nunmehr 40 Jahre heraufgesetzt wurde. In den meisten Bundesländern liegt die Messlatte schon ebenso hoch, teils sogar bei 45 Jahren. Die Erhöhung sei „aus Gründen der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit bei der Personalgewinnung“ nötig, liest man beim NRW-Innenminister. Sind wir noch bei Sinnen?

Deutschland ist heute das letzte Land in Europa mit Lebenszeitbeamten in Schulen und Hochschulen. Die meisten unserer Nachbarn haben das Berufsbeamtentum oder dem Ähnliches abgeschafft. Für NRW hatten noch im Jahr 2001 Experten unter dem Vorsitz von Professor Hans Peter Bull einen umfassenden Reformvorschlag vorgelegt. Kern: Wir brauchen ein völlig neues Dienstrecht, das für bisherige Beamte, Angestellte und Arbeiter gleichermaßen gilt, das also ohne den Beamtenstatus auskommt und an das allgemeine Arbeitsrecht angeglichen wird. Besondere Rechte (etwa ein verstärkter Kündigungsschutz) oder auch Loyalitätspflichten (wie ein Streikverbot) sollen nur noch für besondere Aufgaben des öffentlichen Dienstes gelten, etwa für Justiz, Polizei, Bundeswehr oder Finanzverwaltung. Begründung: Mit den „hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“, wie das Grundgesetz formuliert, sei „heute kein Staat mehr zu machen“. Professor Bull charakterisierte die Lage wie folgt: Leistungen würden nicht in der notwendigen Qualität erbracht. Es gebe aufgrund fehlenden Wettbewerbs keine Leistungssteigerungen. Es mangle an Bürger- und Kundenorientierung. Führungskompetenzen seien unterentwickelt. Das Bezahlungssystem sei falsch, und die Beamtenversorgung stelle den deutschen Staat vor massive Finanzprobleme.

So ist es. Es geht also nicht um vordergründige Beamtenschelte, sondern um ein System, das nicht mehr in die Zeit passt, in eine Zeit, die von Mobilität und Flexibilität, von Wettbewerb und permanenter Veränderung gekennzeichnet ist. Wann, wenn nicht jetzt, werden wir die Konsequenz daraus ziehen und endlich mit dem Umbau des öffentlichen Dienstes beginnen? Und das hieße: das Grundgesetz zu ändern und keine Beamten mehr einzustellen. Damit uns Krücken wie die angebliche Dienstuntauglichkeit von 45-Jährigen erspart bleiben!